



Thorsten Faas | Oscar W. Gabriel | Jürgen Maier [Hrsg.]

# Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung

Handbuch für Wissenschaft und Studium



Nomos

Thorsten Faas | Oscar W. Gabriel | Jürgen Maier [Hrsg.]

# Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung

Handbuch für Wissenschaft und Studium



**Nomos**

© Titelbild: Grafik, Mercedes Reichstein

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-2175-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-6489-9 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhaltsverzeichnis

1. Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung .....	17
<i>Oscar W. Gabriel, Jürgen Maier und Thorsten Faas</i>	
<b>I. Politische Kommunikation</b>	
2. Prozesse der Beschaffung und Verarbeitung politischer Informationen .....	93
<i>Constanze Beierlein und Axel Burger</i>	
3. Interpersonale Kommunikation .....	121
<i>Rüdiger Schmitt-Beck und Anne Schäfer</i>	
4. Massenkommunikation .....	141
<i>Christian Schemer und Stefan Geiß</i>	
5. Wahlkampfkommunikation .....	164
<i>Jakob-Moritz Eberl und Hajo G. Boomgaarden</i>	
6. Kommunikation auf sozialen Netzwerkplattformen .....	184
<i>Andreas Jungherr</i>	
<b>II. Politische Einstellungen</b>	
7. Wertorientierungen und Wertewandel .....	209
<i>Philipp Scherer und Sigrid Roßteutscher</i>	
8. Einstellungen zur Demokratie .....	230
<i>Oscar W. Gabriel</i>	
9. Politisches Vertrauen .....	248
<i>Sonja Zmerli</i>	
10. Kognitives politisches Engagement .....	273
<i>Bettina Westle</i>	
11. Extremismus .....	296
<i>Kai Arzheimer</i>	
12. Policy-Orientierungen .....	309
<i>Eva-Maria Trüdinger</i>	
<b>III. Politische Partizipation</b>	
13. Wahlbeteiligung .....	327
<i>Markus Steinbrecher</i>	
14. Beteiligung an direktdemokratischen Verfahren .....	348
<i>Adrian Vatter, Thomas Milic und Bianca Rousselot</i>	

15. Partizipation im Rahmen der parteienstaatlichen Demokratie .....	376
<i>Markus Klein</i>	
16. Politischer Protest und Konsum .....	393
<i>Jan W. van Deth und Carolin Zorell</i>	
17. Deliberative Beteiligungsformen .....	413
<i>Claudia Landwehr</i>	
<b>IV. Wählerverhalten</b>	
18. Soziale Konflikte, sozialer Wandel, sozialer Kontext und Wählerverhalten .....	437
<i>Marc Debus und Jochen Müller</i>	
19. Parteiidentifikation: Konzeptionelle Debatten und empirische Befunde .....	458
<i>Martin Kroh</i>	
20. Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung .....	480
<i>Dieter Ohr</i>	
21. Issue Voting und Economic Voting .....	502
<i>Thorsten Faas und Arndt Leininger</i>	
22. Kognitive Prozesse und Wählerverhalten .....	527
<i>Alexander Jedinger</i>	
23. Strategisches Wählen .....	554
<i>Evelyn Bytzek</i>	
24. Nebenwahlen .....	572
<i>Kerstin Völkl und Rebekka Heyme</i>	
<b>V. Methoden</b>	
25. Experimente .....	593
<i>Sascha Huber</i>	
26. Implizite politische Einstellungsmessung .....	615
<i>Isabella Bablok, Anna Baumert und Michaela Maier</i>	
27. Methoden zur Messung von Informationsverarbeitung: Reaktionszeitmessung, real-time response-Messung, information boards .....	636
<i>Thorsten Faas, Jürgen Maier und Jochen Mayerl</i>	
28. Skalenbasierte Messung von Informationsverarbeitung .....	655
<i>Alice Binder, Christian von Sikorski und Jörg Matthes</i>	

29. Innovative Methoden der Inhaltsanalyse – automatisierte Verfahren im Fokus .....	669
<i>Hannah Schmid-Petri und Silke Adam</i>	
30. Psychophysiologische Messungen .....	681
<i>Christian Schemer und Svenja Schäfer</i>	
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	699
Sachregister .....	703

# 1. Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung

*Oscar W. Gabriel, Jürgen Maier und Thorsten Faas*

## 1. Die Entwicklung

### 1.1 Die frühen Studien

Im Vergleich zu anderen Teilgebieten der Politikwissenschaft handelt es sich bei der Einstellungs- und Verhaltensforschung um ein junges Forschungsfeld. Erste Pionierarbeiten wurden in den 1920er Jahren veröffentlicht. Die frühe politikwissenschaftliche Einstellungsforschung, für die vor allem Harold D. Lasswell (1930, 1936) steht, knüpfte an die psychoanalytische Persönlichkeitsforschung an und beschäftigte sich mit grundlegenden politisch relevanten Persönlichkeitseigenschaften. Nahezu zeitgleich entstanden die wahlsoziologischen Pionierstudien von Merriam und Gosnell (1924), Gosnell (1927) und Tingsten (1937), die den Einfluss institutioneller und soziodemografischer Faktoren auf die Wahlbeteiligung und die Verteilung der Parteipräferenz in politischen Einheiten untersuchten (Asher, Richardson und Weisberg 1984: 26ff.). Der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Aufschwung der Einstellungs- und Verhaltensforschung wäre ohne den Aufbau einer professionellen Umfrageforschung, der sich seit dem Beginn der 1930er Jahre in den USA und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa vollzog, nicht möglich gewesen.

Die erste große, auf Umfragedaten gestützte und unter dem Titel „The People’s Choice“ publizierte wahlsoziologische Studie (Lazarsfeld, Berelson und Gaudet 1944) gilt als Grundlage mikrosoziologischer Analysen des Wählerverhaltens und untersucht die Bedeutung von Gruppenzugehörigkeiten und Prozessen der Einstellungsbildung für das Zustandekommen individueller Wahlentscheide. Obgleich dieser Ansatz zunächst im Schatten der etwas später entstandenen sozialpsychologischen Schule um Angus Campbell stand (Campbell, Gurin und Miller 1954; Campbell u. a. 1960), handelt es sich aus heutiger Sicht um eine unter mehreren Gesichtspunkten bahnbrechende Untersuchung. Sie steht an der Schnittstelle von Wahl-, Kommunikations- und Einstellungsforschung, berücksichtigt die Dynamik des Prozesses der Informationsverarbeitung, Urteilsbildung und Entscheidung und bezieht neben individuellen Charakteristika die Eigenschaften des sozialen Umfeldes von Individuen in die Erklärung des Wählerverhaltens ein. In methodischer Hinsicht verdient diese Studie deshalb besondere Würdigung, weil sie erstmals das Entstehen politischer Einstellungen und Verhaltensweisen durch einen Rückgriff auf Paneldaten, also eine Mehrfachbefragung eines identischen Personenkreises, zu erklären versuchte.

Als prägende Publikation des sozialpsychologischen Ansatzes des Wahlverhaltens entfaltete „The American Voter“ zunächst eine stärkere Ausstrahlung auf die sich etablierende politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung als „The People’s Choice“. Das Ziel, den Einfluss der langfristig stabilen Parteiidentifikation sowie der kurzfristig wirksamen Themen- und Kandidatenorientierungen auf die Entscheidung der Wähler bei Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen zu klären, wurde bestimmend für die US-amerikanische Wahlforschung. Es prägte aber auch das wissenschaftliche Profil der Wahlforschung in vielen anderen demokratisch regierten Staaten, in denen sich die empirische Wahlforschung mit einer zeitlichen Verzögerung von ein bis zwei Dekaden etablierte (Thomassen 1974). Zugleich setzte

„The American Voter“ in konzeptueller und methodischer Hinsicht wichtige Impulse für die politikwissenschaftliche Einstellungs- und Partizipationsforschung. Durch die Untersuchung der Teilnahme an Wahlen und anderer mit Wahlen und Wahlkämpfen verbundener Aktivitäten stellte die Studie einen Bezug zur Partizipationsforschung her. Brücken zur Einstellungsforschung schlugen der „American Voter“ und seine Vorläuferstudie durch die Einführung der Konzepte der Parteiidentifikation, der *civic duties* und des politischen Selbstwertgefühls (*political efficacy*). Seit dem „American Voter“ haben Befragungen national repräsentativer Bevölkerungsquerschnitte ihren festen Platz in der Wahl- und Einstellungsforschung, häufig in Form dauerhaft institutionalisierter *national election studies* (Lewis-Beck u. a. 2008: 10ff.; Miller 1994; Sapiro und Bartels 1998).

Ungeachtet mehrerer wichtiger Studien konnte jedoch selbst in den Vereinigten Staaten in den 1950er und 1960er Jahren von einer einheitlichen politikwissenschaftlichen Teildisziplin der „Einstellungs- und Verhaltensforschung“ noch keine Rede sein. Ein Blick auf die theoretischen und methodischen Zugänge sowie die substanziellen Forschungsinteressen der auf diesem Gebiet tätigen Forscher vermittelt ein heterogenes Bild und zeigt zahlreiche weiße Flecken auf der Landkarte der Forschung. Für die deutsche Politikwissenschaft war diese Situation für mindestens noch zwei weitere Dekaden kennzeichnend. Zudem gingen die wenigen einschlägigen Veröffentlichungen überwiegend auf das Konto einzelner, international gut vernetzter Wissenschaftler (Almond 1996).

## 1.2 Die theoretische Fundierung der Einstellungs- und Verhaltensforschung durch den Behaviorismus

Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer breiten, systematischen, theoretisch und methodisch anspruchsvollen Beschäftigung mit den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen von Individuen erfolgte in den frühen 1950er Jahren, als sich in den USA der Behaviorismus als Gegenbewegung zu der bis dahin weitgehend auf klassische Institutionenlehre und Ideengeschichte verengten traditionellen Politikwissenschaft formierte (Falter 1982). Als Vorbild der von den Behavioristen geforderten Neuorientierung der Politikwissenschaft diente der psychologische Behaviorismus. In seiner radikalen, von Watson (1913) konzipierten Form zielte dieser Ansatz darauf, die Psychologie als exakte empirische Disziplin zu etablieren und sie auf das Studium unmittelbar beobachtbarer individueller Verhaltensweisen zu beschränken. Im Fokus des Forschungsinteresses standen Individuen. Zur Erklärung ihres Verhaltens wurden ausschließlich direkt beobachtbare Umweltreize herangezogen (*stimulus-response*-Modell). In dieser radikalen Variante spielte der Behaviorismus in der Politikwissenschaft allerdings niemals eine Rolle. Vielmehr griff der politikwissenschaftliche Behaviorismus auf das erweiterte behavioralistische *stimulus-organism-response*-Modell zurück und räumte latenten Größen wie den politischen Einstellungen von Individuen einen eigenständigen Status unter den Bestimmungsfaktoren des politischen Verhaltens ein. In einem programmatischen Artikel stellte David Easton (1967: 16f.) die im Großen und Ganzen akzeptierten Leitlinien der behavioralistischen Forschung zusammen. Sie lassen sich mit den Sammelbegriffen Theorieorientierung, Erfahrungskontrolle, Methodenbewusstsein, Wertfreiheit und Interdisziplinarität umschreiben und wie folgt spezifizieren (detaillierter dazu: Opp 1970: 29ff.):

*Theorieorientierung:* Es gibt beobachtbare Regelmäßigkeiten im politischen Verhalten von Individuen, deren Beschreibung und Erklärung die Aufgabe der empirischen Politikwissenschaft darstellt. Dem entsprechend zielt sie auf die Entwicklung allgemeiner Theorien, die empirisch prüfbare Erklärungen für das Auftreten bestimmter politischer Verhaltensformen liefern. Wissenschaftliche Forschung muss Theorie und empirische Analyse systematisch miteinander verbinden. Die Resultate theorielooser empirischer Forschung bleiben trivial, von empirischer Forschung nicht kontrollierte Theorien sind nutzlos.

Als Theorien bezeichnen die Behavioristen allgemeine Hypothesen über das Vorliegen kausaler Zusammenhänge zwischen mindestens zwei politischen Sachverhalten. Diese Aussagen sind universeller Art. Im Grundsatz ist ihr Geltungsanspruch räumlich und zeitlich nicht begrenzt. Ihre Gültigkeit wird durch ihre Konfrontation mit Beobachtungsaussagen geprüft. Nach den Grundsätzen der empirischen Wissenschaftslehre umfasst eine politikwissenschaftliche Erklärung neben einer Kausalhypothese mindestens zwei singuläre Aussagen, von denen eine die in der Hypothese postulierte Bedingung (Ursache, unabhängige Variable) und die andere die in ihr enthaltene Folge der Bedingung (Wirkung, abhängige Variable) beschreibt. Im Falle einer korrekten Erklärung lässt sich der Folgesatz logisch aus einer Verknüpfung der allgemeinen Hypothese mit dem Bedingungssatz ableiten.

*Erfahrungskontrolle:* In den Erfahrungswissenschaften bildet die Übereinstimmung mit der Wirklichkeit das wichtigste Kriterium für die Geltung aller wissenschaftlichen Aussagen. Nur empirische Aussagen (Beobachtungsaussagen) beziehen sich auf sinnlich wahrnehmbare Tatbestände und sind für die Prüfung empirischer Verhaltenstheorien relevant. Analytische und normative Aussagen basieren auf anderen Geltungsstandards als empirische Aussagen und spielen für Urteile über die Qualität empirischer Theorien keine Rolle. Nomologisch-deduktive Theorien können nur solange als gültig betrachtet werden, wie sie nicht durch eine Beobachtungsaussage widerlegt wurden. Sofern die in der Wenn-Komponente einer Hypothese spezifizierten Bedingungen vorliegen, ist eine Theorie dann falsifiziert, wenn die in der Dann-Komponente der Hypothese postulierte Wirkung nicht eintritt. Der empirische Bewährungsgrad induktiv-probabilistischer Theorien steigt mit der Zahl erfolgreich durchgeführter empirischer Tests.

*Methodenbewusstsein:* Standardisierten Verfahren der Datenerhebung (Umfragen, Beobachtungen, Inhaltsanalysen und Experimente) sowie der statistischen Datenanalyse kommt eine Schlüsselstellung bei der Prüfung empirischer Theorien zu. Die Verwendung objektiver und standardisierter Verfahren soll die intersubjektive Gültigkeit wissenschaftlicher Aussagen sicherstellen, indem sie bewirkt, dass verschiedene Forscher beim Einsatz derselben Forschungsmethode dieselben Ergebnisse erzielen. Im Interesse einer möglichst großen Genauigkeit politikwissenschaftlicher Aussagen ist die Erhebung quantitativer Daten anzustreben. Hierin liegt jedoch kein Selbstzweck, vielmehr ist die theoretische Relevanz der quantitativen Befunde zu beachten.

*Wertfreiheit:* Die praktische Anwendung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse setzt Grundlagenforschung voraus. Zur Lösung von Problemen der politischen Praxis kann die Politikwissenschaft ausschließlich durch bewährte Theorien beitragen, da sie die Grundlage von Prognosen und Technologien bilden. Die praktische Relevanz von Theorien hängt keineswegs davon ab, dass sie in einer normativen Sprache formuliert sind. Aus dem Selbstverständnis der Politikwissenschaft als einer empirischen Disziplin, deren Aufgabe in der Beschreibung und Erklärung politischer Sachverhalte besteht, ergibt sich vielmehr die Notwendigkeit, in wissenschaftlichen Analysen politische Bewertung und empirische Erklärung strikt voneinander zu trennen.

Wissenschaftler können sich mit beiden Arten von Problemen beschäftigen, dürfen aber das eine nicht mit dem anderen verwechseln. Normative Aussagen sind aus dem Begründungszusammenhang der Wissenschaft auszuschließen. Auf der anderen Seite schließt das Befolgen des Wertfreiheitsprinzips die empirische Untersuchung der Struktur, Verteilung, Bedingungen und Folgen von Werten und Wertorientierungen weder aus noch impliziert es die Notwendigkeit, auf Wertungen im Entstehungs- und Verwendungszusammenhang wissenschaftlicher Forschung zu verzichten.

*Interdisziplinarität:* Das politische Verhalten von Individuen lässt sich nur aus dem Gesamtzusammenhang einer sozialen Handlungssituation heraus verstehen. Dies legt es nahe, die Erklärungskraft politikwissenschaftlicher Theorien durch einen Rückgriff auf die Erkenntnisse solcher Nachbardisziplinen zu verbessern, die sich ebenfalls mit dem individuellen Verhalten beschäftigen und theoretisch und methodisch weiter fortgeschritten sind als die Politikwissenschaft. Das Bemühen um die Aufnahme von Erklärungsansätzen und Forschungsmethoden aus den Nachbardisziplinen Soziologie, Psychologie und Ökonomie beeinflusste bereits in den fünfziger Jahren die politikwissenschaftliche Theoriediskussion. Die ökonomische Verhaltenstheorie (*rational choice*-Theorie) ist ebenso ein Produkt der interdisziplinären Orientierung wie die in Anlehnung an den Strukturfunctionalismus entwickelten politikwissenschaftlichen Systemtheorien. Schließlich fand das Bemühen um einen Theorie- und Methodentransfer seinen Niederschlag in zahlreichen Feldern der empirischen Forschung, zum Beispiel in der Wahlforschung, der Analyse politischer Kultur und der Elitenforschung.

Das Programm der empirischen Wissenschaftslehre sollte der Forschung als methodologische Leitlinie dienen; die konsequente Orientierung an diesen Prinzipien sollte das Fach näher an die Analyse der politischen Wirklichkeit heranführen, als es der traditionellen Politikwissenschaft gelang. In substantieller Hinsicht rückte die behavioralistische Bewegung die vielfältigen Formen des politischen Verhaltens von Individuen und Kollektiven ins Zentrum der politikwissenschaftlichen Analyse. Zur Erklärung wurden zwei Klassen von Variablen, Persönlichkeitsfaktoren und Umweltfaktoren, eingeführt (vgl. Falter 1972; Smith 1968). Zu den Umweltfaktoren zählen die Position des Individuums im Gefüge einer Gesellschaft (Schichtstruktur, Generationszusammenhang etc.) und seine Gruppenbindungen (Familie, Freundeskreise, Arbeitswelt, Freiwilligenorganisationen). Der Begriff „Persönlichkeitsfaktoren“ dient als Sammelbezeichnung für alle mentalen Dispositionen von Individuen, ihre Kernpersönlichkeit, ihre Wertorientierungen und ihre politischen Einstellungen (Kognitionen, Affekte, Verhaltensdispositionen).

In der forschungspraktischen Umsetzung des behavioralistischen Programms bildeten sich zwei Strömungen heraus. Die Vertreter des theoretischen Behaviorismus, zum Beispiel David Easton und Heinz Eulau, widmeten sich der Ausarbeitung und Weiterentwicklung der methodologischen Prinzipien des Behaviorismus und bemühten sich um den Entwurf einer allgemeinen Theorie politischer Handlungssysteme. Demgegenüber stellte die größere Gruppe der empirischen Behavioristen, zu denen Angus Campbell und Gabriel A. Almond gehörten, die empirische Analyse spezifischer Probleme in den Mittelpunkt ihrer Arbeiten. Zumindest auf kurze Sicht sahen sie keine Chance für die Entwicklung einer allgemeinen und allumfassenden Theorie des politischen Verhaltens. Stattdessen gaben sie aus forschungspraktischen Gründen der Entwicklung von Theorien mittlerer Reichweite den Vorzug. Diese gaben den als Ideal postulierten universellen Geltungsanspruch von Theorien auf und näherten sich stattdessen durch die Integration räumlich, zeitlich und sachlich begrenzter Erklärungsansätze schrittweise dem

Ziel einer allgemeinen Verhaltenstheorie. Zugleich sind diese Theorien als induktiv-probabilistisch statt als nomologisch-deduktiv zu klassifizieren.

Aus heutiger Sicht erwies sich die Konzentration auf Theorien mittlerer Reichweite als sinnvoll. Das behavioralistische Paradigma bildet die Grundlage der Etablierung und Ausdifferenzierung einer ganzen Reihe von Ansätzen in der politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung, die seit den 1960er Jahren einen immer breiteren Ausschnitt der politischen Wirklichkeit mit Hilfe zunehmend verbesserter Forschungsmethoden bearbeitet (Almond 1996). Zu den wichtigsten Feldern der behavioralistischen Forschung entwickelten sich die Analyse politischer Kommunikation, politischer Einstellungen, politischer Partizipation und des Wählerverhaltens. Jedes dieser Forschungsgebiete umfasst eine Reihe spezifischer Einstellungs- bzw. Verhaltensformen, die mittels unterschiedlicher Methoden bearbeitet und zu deren Erklärung teils ähnliche, teils unterschiedliche Theorien herangezogen werden. Ungeachtet ihrer spezifischen Gegenstände und theoretisch-methodischen Zugänge verfolgen diese Teilgebiete der Einstellungs- und Verhaltensforschung gemeinsam das Ziel einer Erklärung der Art und Weise, in der sich Menschen mental oder in ihrem Verhalten mit Politik auseinandersetzen.

Im Sinne des Ideals kumulativer empirischer Forschung gab es von Anfang an starke Überschneidungen zwischen diesen Forschungsfeldern. Prozesse der politischen Kommunikation und Einstellungsbildung spielen seit den Anfängen der empirischen Forschung eine wichtige Rolle für die Erklärung der Wahlbeteiligung, der Entscheidung für eine bestimmte politische Partei oder für die Beteiligung an nicht-elektoralen Aktivitäten. Ungeachtet dieser engen Verbindungen zwischen den verschiedenen Feldern der politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung weisen sie alle spezifische theoretische Orientierungen, methodische Zugangsweisen und Realitätsbezüge auf, die wir in den folgenden Abschnitten charakterisieren.

## 2. Politische Kommunikation

### 2.1 Die Rolle politischer Kommunikation im Wandel der Zeit: Die Entwicklung des Forschungsfeldes

Die Auseinandersetzung mit der politischen Kommunikation ist älter als die politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung selbst. Die Frage, wer welche Argumente wie und mit welchem Erfolg kommuniziert, gehört zu den ältesten Themen der Analyse von Politik (Graber 1993). Bereits in der Antike beschäftigte sich Aristoteles mit der politischen Rhetorik. Mit der Erfindung des Buchdrucks im 15. Jahrhundert und den Möglichkeiten, Informationen in Schriftform vergleichsweise schnell über größere Gebiete zu verbreiten, wuchs die Bedeutung von Kommunikation. Sie wurde im Mittelalter vornehmlich unter dem Aspekt ihrer Wirkung auf eine breitere Öffentlichkeit betrachtet. In dieser Epoche unterbreitete zum Beispiel Machiavelli konkrete Handlungsempfehlungen, wie man Kommunikation als Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und zum Erhalt von Macht einsetzen könne. Andererseits wurde Kommunikation nun auch als Bedrohung empfunden. Mit der *Congregatio Romanae et universalis inquisitionis* schuf die katholische Kirche Strukturen, die es ermöglichten, Schriften, die als potenzielle Bedrohung für den *status quo* eingestuft wurden, zu identifizieren, deren Verbreitung zu unterbinden und ihre Urheber zu verfolgen. Diese negative Einschätzung von Kommunikation setzte sich nahtlos in der staatlichen Kontrolle massenmedial verbreiteter politischer Kommunikation von (zu Gruppen zusammengeschlossenen) Bürgern

## 7. Politische Einstellungen und politisches Verhalten: Stand und Perspektiven

In absehbarer Zeit wird sich der Zeitpunkt, zu dem die ersten an den Standards der empirischen Wissenschaftslehre orientierten Untersuchungen politischer Einstellungen und Verhaltensweisen publiziert wurden, zum hundertsten Mal jähren. Seither hat sich die Einstellungs- und Verhaltensforschung als ein wichtiges Teilgebiet der Politikwissenschaft etabliert. Sie erstreckt sich auf ein immer weiter gefasstes Forschungsfeld. Neben den in diesem Handbuch behandelten inhaltlichen Schwerpunkten (politische Kommunikation, politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten) befasst sie sich mit einer Vielzahl anderer Themen. Zu diesen gehören beispielsweise die politische Sozialisation, das Verhalten von Parlamentsabgeordneten, Richtern und Bürokraten, Prozesse der Koalitionsbildung, innerparteiliche und innerverbandliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, Lobbyismus, politische Gewalt und die Lösung internationaler Konflikte (Almond 1996: 68ff.). Die unter der Sammelbezeichnung „Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung“ zusammengefassten Aktivitäten folgen allgemein anerkannten Leitlinien. Sie sind dem Programm der empirischen Wissenschaftslehre verpflichtet und betreiben theoriegeleitete empirische Forschung, in der standardisierte Methoden der Datenerhebung und Datenanalyse zum Einsatz gelangen und die Produktion intersubjektiv prüfbarer Erkenntnisse ermöglichen. Sie bemühen sich um einen Brückenschlag zwischen den benachbarten Disziplinen der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Psychologie, der Ökonomie und der Kommunikationswissenschaft – um nur die wichtigsten zu nennen.

Auch wenn das von der behavioralistischen Bewegung ursprünglich verfolgte Ziel, eine allgemeine Theorie politischen Verhaltens zu entwickeln, bereits früh zu Gunsten einer Kumulation von Theorien mittlerer Reichweite aufgegeben wurde, weisen die einschlägigen Theorien einen gemeinsamen substanziellen Kern auf. Sie führen das politische Verhalten auf ein Zusammenspiel von Umwelt- und Persönlichkeitsfaktoren zurück, von denen einige auch die individuellen politischen Einstellungen beeinflussen. Mit einer Mischung aus Forschungskontinuität und theoretischen Innovationen sowie durch stetige Verbesserungen der Methoden der Datenerhebung und -analyse gelang der Einstellungs- und Verhaltensforschung im Laufe der letzten Jahrzehnte die Entwicklung zunehmend leistungsfähigerer Erklärungsmodelle. Dies gilt für die beiden am besten etablierten Felder der Verhaltensforschung, die Wahlverhaltens- und die Partizipationsforschung, noch stärker als für die Einstellungsforschung. Ausgehend von der zunächst getrennten Formierung einer soziologischen und einer sozialpsychologischen Schule setzte sich in der Wahlverhaltensforschung immer stärker die Vorstellung durch, dass sowohl die soziale Position von Menschen als auch ihre politischen Einstellungen eine wichtige Rolle für die individuelle Wahlentscheidung spielen und dass das relative Gewicht dieser Erklärungsfaktoren durch den Handlungskontext beeinflusst wird. In der Partizipationsforschung herrschte diese Sichtweise von Anfang an vor.

Sowohl die Weiterentwicklung der etablierten als auch die Entwicklung neuer Konzepte trugen dazu bei, die Erkenntnisse über die für das politische Verhalten von Individuen stetig zu vertiefen. Auch wenn einige frühe Erkenntnisse der empirischen Verhaltensforschung sich in wiederholten, in unterschiedlichen gesellschaftlichen, ökonomischen, kulturellen und institutionellen Kontexten durchgeführte Untersuchungen bestätigten, blieb die Forschung stets darum bemüht, die bewährten Erklärungen zu verbessern. Als Beispiele für die Weiterentwicklung eta-

blierter wahlsoziologischer Erklärungskonzepte seien die umfangreichen Forschungen über die Parteiidentifikation und – noch pointierter – über die Sachfragenorientierungen genannt. Zu den neueren Erklärungsfaktoren zählen die Berücksichtigung von Kommunikationsprozessen, der Rückgriff auf kognitive und emotionale Prozesse bei der Informationsverarbeitung und Urteilsbildung sowie die Einbeziehung von Kontextfaktoren.

Die theoretischen Innovationen wurden durch die Entwicklung neuer oder zuvor kaum genutzter Methoden begleitet. Auf dem Gebiet der Datenerhebung verdienen vor allem der zunehmende Rückgriff auf Experimente und die Verbindung von Umfragen und Inhaltsanalysen Erwähnung. Fortschritte bei der Erfassung von Einstellungs- und Verhaltensdynamiken dürften durch die Analyse von Panel- und *rolling cross-section*-Daten zu erzielen sein.

Das mit der Veröffentlichung dieses Handbuchs verfolgte Ziel besteht darin, dem Fachpublikum und einer breiteren, interessierten Leserschaft einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der internationalen politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung zu geben. Da die zu diesem Teilgebiet gehörenden Forschungsfelder einen unterschiedlichen Entwicklungsstand aufweisen und unterschiedlich breit in der politikwissenschaftlichen Lehre und Forschung verankert sind, haben sich die Herausgeber dafür entschieden, den Forschungsbericht auf die Analyse der politischen Kommunikation, der politischen Einstellungen, der politischen Partizipation und des Wählerverhaltens zu beschränken und zusätzlich Weiterentwicklungen der einschlägigen Methodenforschung zu berücksichtigen.

Die 29 Einzelbeiträge sind zu den fünf oben genannten thematischen Blöcken gruppiert und berichten über den Stand der internationalen Forschung, über die relevanten Forschungstraditionen und über ausgetragene Kontroversen. Einige Beiträge enthalten zur Illustration wichtiger Forschungsthemen und -resultate über Deutschland vorliegende, longitudinale Daten. Die Beiträge sind literaturgestützt und enthalten nur in Ausnahmefällen eigenen empirischen Analysen der Autoren.

Innerhalb der fünf Themenblöcke war das Setzen von Schwerpunkten notwendig. Dabei wurde angestrebt, neben den Standardthemen des jeweiligen Forschungsfeldes neue Fragestellungen und Entwicklungen zu berücksichtigen. Unter der Überschrift „Politische Kommunikation“ wird nicht allein über die klassischen Themenfelder interpersonale Kommunikation und Massenkommunikation berichtet, sondern auch über die speziellen Gebiete der Wahlkampfkommunikation und der Kommunikation in sozialen Netzwerken sowie über Analysen des Prozesses der Beschaffung und Verarbeitung politischer Informationen. Der Überblick über die politikwissenschaftliche Einstellungsforschung erstreckt sich einerseits auf breit und intensiv untersuchte Themenfelder (Wertorientierungen und Wertewandel, Einstellungen zur Demokratie, politisches Vertrauen, kognitives Engagement), schließt aber auch wichtige, jedoch weniger gut erforschte Gebiete wie den politischen Extremismus und die *policy*-Orientierungen ein. Der Bericht über den Stand der Partizipationsforschung folgt der Differenzierung zwischen den traditionellen (Wahlbeteiligung, Aktivitäten im Rahmen der parteienstaatlich-repräsentativen) und neueren Formen des Engagements (direktdemokratische und deliberative Aktivitäten). Die Darstellung des Standes der Wahlverhaltensforschung orientiert sich an den etablierten Forschungstraditionen (sozialstruktureller Ansatz, Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierungen) und bezieht zudem einige spezifischere Forschungsperspektiven ein (kognitionstheoretische Ansätze, strategisches Wählen, Nebenwahlen). Anders als die thematischen Kapitel stellen die in den Methodenteil aufgenommenen Beiträge ausschließlich neuere Erhebungsmethoden vor. Sie haben in den letzten Jahren das Verfolgen neuer Perspektiven in der

politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung ermöglicht und neue Erkenntnisse gefördert (Experimente, Implizite Einstellungsmessungen, Verfahren zur Messung von Informationsverarbeitung, neue Verfahren der Inhaltsanalyse sowie psychophysiologische Messungen).

Die trotz der breiten Anlage des Bandes verbleibenden Lücken im Überblick über die Felder der politikwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung sind den Herausgebern bewusst. Jede Publikation erfordert Auswahlentscheidungen, die die subjektiven Präferenzen der Entscheidenden widerspiegeln. Die Behandlung oder Nichtbehandlung bestimmter Themen unterliegt aber zugleich auch dem Einfluss von den Herausgebern nicht oder nur in Grenzen zu steuernder Faktoren. Ungeachtet der daraus resultierenden Grenzen hoffen wir, den Lesern einen bündigen Überblick über die wichtigsten Themen der Analyse politischer Einstellungen und Verhaltensweisen geben zu können.

Abschließend möchten wir uns bei Jette Bergen, Marc Jacob und Paula Jöst bedanken, die uns bei der Finalisierung dieser Einleitung und des Handbuchs insgesamt unterstützt haben. Außerdem sind wir Beate Bernstein und Alexandra Beutelmann, die auf Seiten des Nomos-Verlags zum Gelingen dieses Projekts maßgeblich beigetragen haben, zu großem Dank verpflichtet.

## Literatur

- Aarts, K., C. van Ham und J. Thomassen, 2017: Modernization, globalization and satisfaction with democracy. In van Ham, C., J. Thomassen, K. Aarts und R. Andeweg (Hrsg.): *Myth and reality of the legitimacy crisis. Explaining trends and cross-national differences in established democracies*. Oxford: Oxford University Press, 37–58.
- Abramson, P. A., 1983: *Political attitudes in America. Formation and change*. San Francisco: Freeman Press.
- Adam, S. und M. Maier, 2010: Personalization of politics. A critical review and agenda for research. In Salmon, C. (Hrsg.): *Communication Yearbook 34*. London: Routledge, 213–257.
- Adamic, L. A. und N. Glance, 2005: The political blogosphere and the 2004 US election: Divided they blog. In *Proceedings of the 3rd international workshop on Link discovery*. New York: ACM, 36–43.
- Adorno, T. W., E. Frenkel-Brunswick, D. K. Levinson und R. N. Sanford, 1950: *The authoritarian personality*. New York: Harper and Brothers.
- Ahn, T. K., R. Huckfeldt und J. B. Ryan, 2014: *Experts, activists, and democratic politics. Are electorates self-educating?* New York: Cambridge University Press.
- Aichholzer, G., H. Kubicek und L. Torres (Hrsg.), 2016: *Evaluation e-participation. Frameworks, practice, evidence*. New York: Springer.
- Ajzen, I., 1988: *Attitudes, personality and behavior*. Chicago: Dorsey.
- Ajzen, I. und M. Fishbein, 1980: *Understanding attitudes and predicting social behavior*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Akkerman, A., C. Mudde und A. Zaslove, 2014: How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. In: *Comparative Political Studies 47*: 1324–1353.
- Allport, G. A., 1935: *Attitudes*. In Murchison, C. (Hrsg.): *A handbook of social psychology*. Worcester: Clark University Press, 798–844.
- Almond, G. A., 1954: *Appeals of communism*. Princeton: Princeton University Press.
- Almond, G. A., 1996: Political science. The history of the discipline. In Goodin, R. E. und H.-D. Klingemann (Hrsg.), *A new handbook of political science*. Oxford: Oxford University Press, 50–96.
- Almond, G.A. und S. Verba, 1963: *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. Newbury Park: Sage.
- Almond, G. A. und S. Verba (Hrsg.), 1980: *The civic culture revisited. An analytic study*. Newbury Park: Sage.
- Altman, D., 2011: *Direct democracy worldwide*. New York: Cambridge University Press.
- American National Election Study, 2012: *The ANES guide to public opinion and electoral behavior*. Ann Arbor: University of Michigan.
- American Political Science Association, 1950: *Towards a more responsible two-party system*. New York: American Political Science Association.